

Brief aus Berlin



Ein produktiver Start in das neue Jahr

In das neue Jahr starten wir mit vielen Zielen und einer großen Hoffnung - dem Ende der Pandemie. Doch auch politisch passen wir uns der schwierigen Zeit an und haben bei der jährlichen Neujahrsklausur der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag unsere wesentlichen Ziele für den Rest der Wahlperiode besprochen. Diese gehen wir nun mit neuer Energie im Parlament an.



Foto: Pedro Becerra

Aber auch im Plenum gab es in diesem Monat wichtige Themen: nach langen intensiven Diskussionen bringen wir die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes und das Telekommunikationsgesetz ins Plenum ein. Zum einen Regeln wir damit neue Mobilitätsangebote am Markt und zum anderen verbessern wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau sowie für die Schaffung von schnellem und flächendeckendem Internet.



Diese Woche:

Seite 2 :
Themen im Bundestag



Seite 3:
Ergebnisse der Neujahrsklausur



Seite 4:
Förderprogramme





Themen im Bundestag

Gesetz zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts (PBefG)

In erster Lesung haben wir in dieser Sitzungswoche den Gesetzentwurf zum PBefG beraten, der auf den Ergebnissen einer von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer eingesetzten überparteilichen Findungskommission aus Vertretern von Bund und Ländern beruht. Im Kern geht es darum, neue, digitalbasierte Geschäftsmodelle rechtssicher zu ermöglichen und gleichzeitig klassische Mobilitätsformen wie insbesondere das Taxigewerbe zu bewahren. Es sollen eine neue Form des Linienverkehrs innerhalb des ÖPNV (Linienbedarfsverkehr) sowie eine neue Form des Gelegenheitsverkehrs außerhalb des ÖPNV (gebündelter Bedarfsverkehr) eingeführt und einzelne Regelungen zum Taxen- und Mietwagenverkehr angepasst werden. Die Änderungen werden so ausgestaltet, dass zwischen den unterschiedlichen Beförderungsformen ein fairer Interessenausgleich gewahrt bleibt und die Länder oder die Kommunen entsprechende Steuerungsmöglichkeiten erhalten.



TKG-Novelle



Einen rechtlichen Rahmen wollen wir in diesem Jahr mit der Erneuerung des Telekommunikationsgesetzes – kurz TKG – setzen. Kurz vor Weihnachten hat das Kabinett bereits den Entwurf zum TKG befürwortet. Diesen berieten wir in dieser Woche in erster Lesung im Plenum. Eines der Hauptziele ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. Mit der Novelle wollen wir aber auch den privaten Breitbandausbau fördern. Gerade im Homeoffice sollte ein stabiler und schneller Zugang zum Internet überall gewährleistet sein.

Jahreswirtschaftsbericht 2021

Der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier gab in dieser Woche eine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2021 ab. Für das Jahr 2021 erwartet die Bundesregierung ein etwas schwächeres Wachstum als noch im Herbst vermutet. Die aktuelle Lage ist bestimmt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Infolge der Corona-Pandemie geriet die deutsche Wirtschaft in eine der schwersten Rezessionen seit Jahrzehnten. Im Jahr 2020 ging das Bruttoinlandsprodukt um 5,0 Prozent zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf und von den Maßnahmen zur Eindämmung beeinflusst.

Gesetz zur Mobilisierung von Bauland

Mit dem Gesetz wollen wir die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützen. In Umsetzung dieses Vorhabens wird ein neuer sektoraler Bebauungsplantyp für den Wohnungsbau eingeführt und das Bauen im Innen- und Außenbereich für bestimmte Fälle erleichtert. Flächen sollen leichter für die Bebauung mobilisiert werden, indem der Anwendungsbereich des gemeindlichen Vorkaufsrechte und des Baugebots für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten erweitert wird. Für mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Wohnungsbauflächen wird außerdem die Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt. Weitere Regelungen heben die Bedeutung grüner Infrastruktur in Städten und Gemeinden für den Klimaschutz hervor und gehen auf flächendeckende Mobilfunkversorgung und Elektromobilität ein. Mit diesem Gesetz kommen wir dem Ziel der schnelleren Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau und der Flexibilisierung bestehenden Planungsrechts deutlich näher.



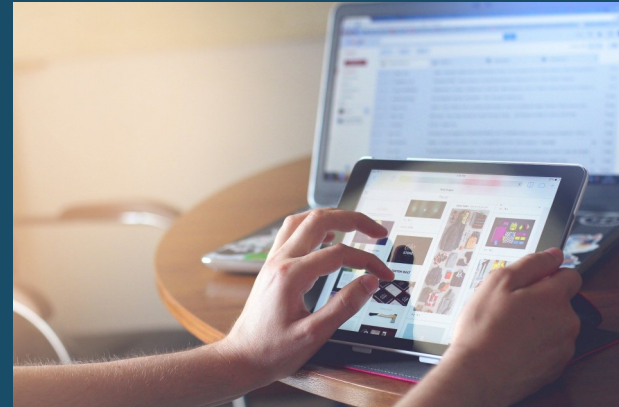


Ergebnisse der Klausurtagung

Für ein Jahrzehnt der digitalen Innovationen

Einer der wesentlichen Beschlüsse der Klausurtagung ist der Sprung in die Gigabit-Gesellschaft der Zukunft. Bis 2024 sollen alle weißen Flecken beseitigt und bis 2025 15 Milliarden Euro in das Gigabit-Netz investiert werden. Ebenfalls wollen wir den Smartphone-Perso einführen. Denn die Digitalisierung der Verwaltung ist eines der wesentlichen Ziele in den nächsten Jahren. Einen Anfang haben wir bereits mit der digitalen KfZ-Zulassung geschafft. Deutschland soll das beste Ökosystem für Startups werden. Als wichtige Voraussetzung dafür gilt es, eine bessere Start-Up-Finanzierung zu schaffen.

Auch das autonome Fahren im öffentlichen Nahverkehr wollen wir spürbar voranbringen, um die Nutzung des ÖPNV zu steigern.



Für eine Wachstumsagenda

Wir wollen die Gastronomie bei der Mehrwertsteuer dauerhaft entlasten. Die Verdienstgrenze für Minijobs wollen wir auf 600 Euro anheben. Unter anderem soll auch der Rücktragszeitraum auf 3 Jahre ausgeweitet und das Rücktragsvolumen von 5 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro angehoben werden. Außerdem wollen wir eine Souveränitätsoffensive: Mehr Unabhängigkeit bei der Energieversorgung, die sich jeder leisten kann. Mehr Digitalisierung soll auch die Landwirtschaft voranbringen, beispielsweise durch das „precision farming“. Damit sollen nicht nur die landwirtschaftliche Arbeit erleichtert, sondern auch Natur- und Umweltschutzziele erreicht werden.

Für Chancen für alle

Für starke Familien wollen wir einen Elterngeld-Bonus schaffen, indem wir zwei Monate zusätzlich drauflegen und eine Kita-Offensive starten. Ebenfalls ist geplant, die Kinderbetreuungskosten steuerlich absetzbar zu machen. Uns ist aber auch wichtig, die finanzpolitische Generationengerechtigkeit zu bewahren. Um die Jüngeren unserer Gesellschaft nicht langfristig zu belasten, wollen wir ab 2022 die grundgesetzliche Schuldenbremse wieder einhalten. Für eine gute Rente planen wir die Einführung eines Starterkits für die Altersvorsorge. Dieses sieht wie folgt aus: Der Staat soll ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind einen Beitrag von 100 Euro pro Monat in einen Generationen-Pensionsfonds einzahlen, der das Geld renditeorientiert anlegt. Dabei sollen auch freiwillige Einzahlungen nach dem 18. Lebensjahr möglich sein. Mit dem Eintritt in das Rentenalter wird die Starter-Rente zusätzlich zu bestehenden Rentenansprüchen ausgezahlt.



Für mehr Sicherheit.

Wir wollen jede Form von Extremismus gleichermaßen bekämpfen. Dazu wollen wir entschlossen gegen Verschwörungsextremisten vorgehen. Kriminelle Clans sollen enteignet werden. Mit der Abschiebung ausländischer Gefährder wollen wir die Sicherheit in Deutschland stärken.





Förderprogramme

250 Millionen Euro für den ÖPNV

Bei der Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 kommt dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine wichtige Rolle zu. Im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ stellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) Fördermittel in Höhe von 250 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir wollen gleiche Bedingungen für Stadt und Land schaffen. Bisher sind viele Menschen hier täglich auf ihr Auto angewiesen. Mit einem attraktiveren Angebot an Bus und Bahn im Nahverkehr sehe ich eine gute Möglichkeit, das Auto des Öfteren daheim stehen zu lassen. Konkret geplant ist zum einen die Verbesserung der Angebots- und Betriebsqualität - beispielsweise durch Taktverdichtungen oder die Entwicklung von On-Demand-Diensten - und zum anderen die Entwicklung attraktiver Tarife. Hierzu wurde bereits in der Vergangenheit das 365-Euro-Ticket in einigen Kommunen in Deutschland zur Erprobung eingeführt. Nicht zuletzt soll auch die Vernetzung von Auskunft- und Vertriebssystemen finanziell unterstützt werden. .

[Link für weitere Informationen](#)

[Link zur Antragstellung](#)

Bund unterstützt Radverkehr mit 1,46 Milliarden Euro

Der Bund stockt im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 die Mittel für den Radverkehr auf insgesamt 1,46 Milliarden Euro auf. Für das Finanzhilfe-Sonderprogramm „Stadt und Land“ stehen bis 2023 660 Millionen Euro zur Verfügung. Damit sollen der Neu-, Um- und Aufbau flächendeckender, möglichst getrennter und sicherer Radverkehrsnetze vorangebracht werden. „Für uns im Bayerischen Wald und im Gäu ist dies eine optimale Möglichkeit, unser Radwegeverkehrsnetz zu erweitern und damit das Angebot an Radwandertouren auszubauen, ohne dass sie künftig von Autofahrern und Ampeln beeinflusst werden. Darüber hinaus sollen auch Abstellmöglichkeiten, Radbrücken und -unterführungen mit bis zu 90 Prozent der förderfähigen Kosten unterstützt werden. Der Bund stellt die Mittel bereit. Um Anträge schnell und unbürokratisch zu bewilligen, können Gemeinden Förderanträge bis zum 31. Dezember dieses Jahres beim Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr einreichen.

[Link für weitere Informationen](#)



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de